

33. Newsletter gegen Rechtsextremismus

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 32. unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus: In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Über Ihr/euer Interesse freut sich und auf Ihre/eure Unterstützung hofft

Ihre/Eure Clara Herrmann
Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme: Jeffrey Klein, clara.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de

Wenn Sie/ihr diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten/möchtet, können Sie/könnt ihr ihn [hier](#) abbestellen.

Inhalt

- [1. Haushaltsberatung](#)
- [2. Hauptstelle für Befragungswesen](#)
- [3. Todesopfer rechter Gewalt](#)
- [4. Burschenschaften](#)
- [5. Reichsbürger in Berlin](#)
- [6. Verschiedenes](#)

1. Haushaltsberatung

Die Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2014/2015 sind abgeschlossen. Nach langen und intensiven Sitzungen, ist unser Vorschlag, im Bereich ?Kampf gegen Rechtsextremismus? das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus um über 400.000 Euro aufzustocken, leider nicht durchsetzbar. Stattdessen will die rot-schwarze Koalition nicht weniger Verfassungsschutz, sondern mehr. Sie stattet den Berliner Verfassungsschutz in den kommenden Jahren finanziell besser aus.

Unser Vorschlag war das Geld zur Stärkung der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zu nutzen. Insbesondere der Bereich ?Arbeit gegen Antisemitismus? muss verstärkt werden, da es vermehrt zu antisemitischen Vorfällen (Gewaltangriffe und Schändungen von z.B. Stolpersteinen) in Berlin kommt. Von der Aufstockung der Mittel sollte u.a. das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus und die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KigA) unterstützt werden.

Unser Vorschlag in Zahlen:

Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus/Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt:

2014: von 2.500.000 auf 2.911.000 ? (plus 411.000 ?)

2015: von 2.540.000 auf 2.951.000 ? (plus 411.000 ?)

Presse / Parlamentarisches:

Den GRÜNEN Änderungsantrag zum Haushalt finden Sie [hier](#)

Neues Deutschland (19.09.13) : [Opposition kritisiert Ausbau des Verfassungsschutzes](#)

2. Hauptstelle für Befragungswesen

In der Sitzung des Verfassungsschutzausschusses am 4. Dezember 2013 fragte Clara Herrmann nach der "Hauptstelle für Befragungswesen" (HBW) ? eine getarnten Dienststelle des Bundesnachrichtendienstes (BND), die ihren Hauptsitz hier in Berlin am Hohenzollerndamm hat. Deren Mitarbeiter führen, noch während laufender Asylverfahren, Befragungen von Flüchtlingen durch, um Informationen über wirtschaftliche, politische und militärische Strukturen ihrer Herkunftsregionen zu gewinnen. In der Sitzung des Bundestages vom 28. November 2013 hatte der zuständige Staatssekretär zugegeben, dass auch "Befragungen durch Befrager der alliierten Partnerdienste ohne deutsche Begleiter stattfanden". Nach Medienberichten sollen die so gewonnen Informationen auch dazu genutzt werden, Drohnen im Anti-Terror-Krieg zu programmieren.

Der Innenstaatssekretär Krömer gab mit Verweis auf die Zuständigkeit des Bundes an, keinerlei Kenntnisse von derartigen Befragungen zu haben. Das würde in der Konsequenz aber auch heißen, dass in Berlin seit Jahren geheimdienstliche Tätigkeiten ausländischer Mächte stattfinden, von denen der Berliner Verfassungsschutz keine Ahnung hat. Das Argument, dass er ja gar nicht zuständig ist, verfängt da nicht. Wie will man wissen, für etwas nicht zuständig zu sein, von dem man gar keine Kenntnis hat?

Clara Herrmann schlug vor, dass sich der Ausschuss bei einem Besuch selbst ein Bild von der HBW am Hohenzollerndamm machen sollte. Dies werden jetzt die Sprecher des Ausschusses erörtern.

Presse /Parlamentarisches / Infos:

rbb Abendschau (04.12.13): [Anhörung im Abgeordnetenhaus](#)

Berliner Zeitung (22.11.13): [Asylbewerber werden ausgefragt](#)

taz (21.11.13): [Verhöre mit Verwechslungsgefahr](#)

Neues Deutschland (05.12.13): [Krömer hat keine Kenntnisse von Flüchtlingsbefragungen](#)

Deutscher Bundestag (28.11.13): [Stenographischer Bericht \(ab S.130\)](#)

Wikipedia: [Hauptstelle für Befragungswesen](#)

3. Todesopfer rechter Gewalt

Nach Bekanntwerden des Ausmaßes der NSU Mord- und Terrorserie werden nunmehr deutschlandweit zahlreiche schwere Straftaten daraufhin überprüft, ob sie nicht doch mit einer rechtsextremen Tatmotivation begangen wurden und daher eigentlich in der polizeilichen Statistik PMK-rechts (Politisch motivierte Kriminalität) aufgeführt sein müssten. In Berlin werden seit 1990 lediglich 2 Todesopfer einer rechtsextremen motivierten Tat zugerechnet. Dahingegen beläuft sich nach Recherchen von Initiativen und Journalisten die Zahl der Todesopfer in Berlin auf mindestens 10. In der Innenausschusssitzung am 9. Dezember 2013 teilte der Polizeipräsident mit, dass das Berliner LKA jetzt 78 Tötungsdelikte zur Überprüfung an das BKA weitergeleitet hat, worunter sich auch die von Initiativen und Presse aufgeführten Fälle befinden.

Bereits mit ihrem Antrag vom 26.04.2012 "Opfer rechtsextremer Gewalt anerkennen!" forderte Clara Herrmann die Überprüfung dieser Taten auf einen rechtsextremen Hintergrund. Die Forderung wurde jedoch auf Betreiben von CDU und SPD aus dem ursprünglichen Antragstext gestrichen. Es ist erfreulich, dass im Ergebnis jetzt doch eine Überprüfung stattfinden wird. Über das weitere Verfahren und die Ergebnisse wird natürlich im Newsletter berichtet werden.

Presse / Parlamentarisches:

Kleine Anfrage (26.04.13): [Opfer Rechtsextremer Gewalt anerkennen!](#)

Berliner Zeitung (04.12.13): [Rechte Gewalt? Berlin prüft 78 Todesfälle](#)

Tagesspiegel (04.13.13): [Weit mehr Opfer rechter Gewalt als vermutet](#)

Zeit: [Chronologie der Todesopfer rechter Gewalt](#)

4. Burschenschaften

Die Versäumnisse des Innensenator Henkels, den Umfang, die Strukturen und Zusammenhänge von Burschenschaften und Rechtsextremismus und der Neuen Rechten zu benennen sowie die Gefahren ernst zu nehmen wurde in der Beantwortung einer Großen Anfrage deutlich.

Aussagen und Handlungen von Burschenschaften, mit denen ganz klar der Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verlassen wird, müssen offengelegt und angefochten werden, denn die Verbindungen von Burschenschaften und Rechtsextremismus werden immer deutlicher. Wer diese Gefahr nicht ernst nimmt, handelt fahrlässig und stellt sich dabei schützend vor Menschen mit rechten Gesinnungen.

Andere Bundesländer nehmen das ernst. So warnt NRW Innenminister Jäger vor einem systematischen Zusammenhang von Burschenschaften und Rechtsextremismus. In aktuellen Verfassungsschutzberichten der Länder Bayern, Hamburg und Hessen werden Burschenschaften genannt und ihre Verbindungen zur Neuen Rechten und rechtsextremen Kreisen aufgeführt. Diese Länder haben erkannt, dass Burschenschaften eine Rolle im akademischen Rechtsextremismus spielen und setzten sich dementsprechend damit auseinander. Der Berliner Senat macht das nicht.

Parlamentarisches:

Die Rede von u.a. Clara Herrmann (S. 89) zur Großen Anfrage der Linksfraktion Burschenschaften in Berlin? findet sich im [Plenarprotokoll ab Seite 85](#).

5. Reichsbürger in Berlin

Geklonte Herrenmenschen?! Fantasie-Ausweise?! Neue Gemeinschaft von Philosophen?! Die Reichsbürger verblüfften in der Vergangenheit immer wieder mit ihren obskuren Ansichten und Überzeugungen. Dabei gingen ihre Aktionen meist nicht über das Ausstellen von ?Ausweisungen aus Deutschland? und der Ernennung eines ?Reichskanzler? hinaus. Im Zuge des NSU-Skandals sind die ?Reichsbürger? jedoch in die Offensive gegangen und verschickten Drohbriefe an Migranten. Des weiteren wurde von der Polizei ein illegales Lager mit Sprengstoff und Chemikalien gehortet. Bei dem Besitzer handelt es sich nachweisliche um einen unter Wahnvorstellungen leidenden ?Reichsbürger?. Solche Drohgebärden und Gefahren müssen unbedingt ernst genommen werden!

Presse / Parlamentarisches:

Kleine Anfrage (24.06.13): ["Reichsbürger" in Berlin?](#)

Berliner Kurier (19.10.13): [Wie gefährlich sind die rechten Spinner von Berlin?](#)

Tagesspiegel (15.10.13): [Reichsbürger haben ?krude Theorien?](#)

6. Verschiedenes

Green Primary:

Im Vorfeld der Europawahlen wird erstmals die Entscheidung über europäische Spitzenämter in die Hände der Basis gelegt, die bestimmen kann, wer die Europäischen Grünen in die Europawahlen führen wird. Die Abstimmung erfolgt transnational, d.h. dass erstmals auch für Kandidierende aus anderen Nationen gestimmt werden kann. Dabei können nicht nur Mitglieder der Grünen abstimmen, sondern auch unsere zahlreichen Unterstützerinnen und Unterstützer.

Vier KandidatInnen haben die Unterstützung von mindestens vier Grünen Parteien erhalten: José Bové, Monica Frassoni, Rebecca Harms und Ska Keller.

Weitere Informationen zu den Kandidierenden und die Möglichkeit abzustimmen finden Sie/Ihr unter folgendem [Link](#)

Am 11. Januar findet in Berlin eine Debatte mit den KandidatInnen statt. Mehr Informationen dazu finden sich [hier](#)

Parlamentarisches / Presse:

Kleine Anfrage (24.06.13): [Umgang mit rechtsextremen Demonstrationen am 1. Mai 2013 in Berlin](#)

taz (08.10.13): [NPD-Treff in Rudow enttarnt](#)

Neues Deutschland (21.10.13): [Wieder Demo in Hellersdorf](#)